

## 10 EURO MINDESTLOHN FÜR ECHE SOZIALE GERECHTIGKEIT

Nun steht das Thema Mindestlohn schon seit mehreren Wochen im Rampenlicht. Ist ja auch ja auch kein Wunder wenn sich die Wahlen immer mehr nähern. Zunächst möchte ich die einzelnen Forderungen der Parteien zu diesem Thema nennen:

CDU: Die Lohnuntergrenze wird durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt und soll sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren.

SPD: vom 1. Februar 2014 sollen alle Arbeitnehmer in Deutschland wenigstens 8,50 Euro pro Stunde verdienen.

Bündnis'90 die GRÜNEN: vom 1. Februar 2014 sollen alle Arbeitnehmer in Deutschland wenigstens 8,50 Euro pro Stunde verdienen.

Die LINKE: Ein Mindestlohn von zehn Euro möchte die Partei gesetzlich festgeschrieben sehen; er solle bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2017 auf zwölf Euro ansteigen.

Piratenpartei: Bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens setzen sich die PIRATEN für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ein.

FDP: ..steht für Lohnuntergrenzen in Branchen und Regionen geworben, in denen es Dumpinglöhne gibt.

Nun ist es schon sehr amüsant dass gerade jetzt SPD und Grüne das Thema für sich nutzen um zu versuchen ihren sozialen Namen zu stärken, wobei sie doch vor Jahren und auch noch

zu Regierungszeiten kein Wort davon sprachen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn für Arbeitnehmer einzuführen.

Fakt ist, dass in den letzten Jahren Lohndumping stark zugenommen hat. Es kommt immer häufiger vor, dass Menschen für 5 Euro zur Stunde oder weniger arbeiten gehen. Die Zahl der Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten wächst und insbesondere Frauen

Euro schützt mit Sicherheit vor Niedriglöhnen, Dumpinglöhnen, und jeglicher ungerechter Bezahlung. Aber vor allem würde er endlich die Schere nicht weiter aufklappen, die zwischen Arm und Reich vorhanden ist, so wie die Regierung es tut, sondern stellt sich diesem großen Problem

Des weiteren brauchen wir diesen Mindestlohn, um den Arbeitnehmern eine Rente zu sichern, die sicher ist vor Armut, denn auch Armut im Rentenalter wird immer mehr zum Problem. Der Staat würde durch einen Mindestlohn von 10 Euro wesentlich mehr Einnahmen in Renten- und Krankenkassen bekommen.

Außerdem liegt es nahe, dass die Kaufkraft der Menschen bei höheren Löhnen steigt. Ein Mindestlohn würde den Binnenmarkt stärken und für ein Wirtschaftswachstum hier zu Lande sorgen.

Eine weitere Legislaturperiode von schwarz/gelb würde die Probleme verschärfen und keinen Weg zu einer echten Verbesserung finden. Es muss endlich Schluss sein mit einer Politik, die den Vermögenden und großen Konzernen alles auf dem Silbertablett serviert. Der Armut in so einem reichen Land muss endlich ein Ende gesetzt werden und

es muss für alle Arbeitnehmer ein Lohn geben, der gerecht ist und ein lebenswertes Leben ohne Existenzängste gewährt. Dieser Politikwechsel kann nur mit der LINKEN geschehen.

Paul Gruber - Plauen

**Genug  
gelabert!  
10 Euro  
Mindest-  
Lohn jetzt.  
DIE LINKE.**

[www.100-Prozent-sozial.de](http://www.100-Prozent-sozial.de)

bekommen oft für gleiche Arbeit weniger Lohn.

Doch wie löst man diese Probleme? Die angesprochenen Tarifverträge von CDU und die "Teils-teils-Lohnuntergrenzen" von FDP können auf keinen Fall solche Probleme lösen. Ein flächendeckender Mindestlohn von 10

**aus dem Inhalt:** Stolpersteine in Falkenstein und Auerbach.....Seite 2  
Bundestagskandidaten stellen sich Fragen.....Seite 3  
Betriebskostenabrechnung hinterfragen.....Seite 4  
Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung.....Seite 6

**DIE LINKE.**

## FREUNDESKREIS MAX HOELZ SETZT ERINNERUNGSZEICHEN

Im September 2012 wandte sich der Geschichtsverein „Freundeskreis Max Hoelz“, welcher sich der Erforschung und Bewahrung der Geschichte der vogtländischen Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandes verschrieben hat, an den Bürgermeister der Stadt Falkenstein. In dem Schreiben hieß es: „Der Geschichtsverein ‚Freundeskreis Max Hoelz e.V.‘ beabsichtigt, in Kooperation mit dem Kreisverband Vogtland der VVN-BdA für Verfolgte und Opfer des Faschismus in der Zeit von 1933 bis 1945 aus Falkenstein Stolpersteine zu verlegen, die an ihre Leiden erinnern sollen. ... Wir bitten um eine entsprechende Genehmigung für die Verlegung der vier von uns vorgesehenen Steine.“

Am 15. Juli 2013 kam dann der Kölner Künstler Gunter Demnig ins Vogtland, wo er für vier von den Nazis politisch Verfolgte in Falkenstein und für drei aus rassistischen Gründen ermordete Opfer des Faschismus in Auerbach an deren letzten Wohnorten Stolpersteine verlegte. „Diese Gedenk-

steine sollen daran erinnern, dass es auch in unserer Stadt Menschen gab, die sich nicht duckten, nicht anpassen, ihrer politischen Gesinnung treu blieben. Mit den kleinen Messingplatten vor ihren letzten Wohnstätten wollen wir diese mutigen Falkensteiner vor dem Vergessen bewahren.“, sagte der Vorsitzende des Freundeskreises zu Beginn der Installation. In der Falkensteiner Brandstraße wird an Oskar Hölzel, KPD-Stadtverordneter, in der Luxemburg-Straße an den Kassierer der Roten Hilfe Deutschlands, Max Pippig, erinnert. In der Louis-Müller-Straße ist ein Stein dem Mitbegründer der Falkensteiner KPD, Louis Müller, gewidmet, und in der Elfeldener Straße erinnert ein Stolperstein an den Kampfgefährten von Max Hoelz, Paul Popp.

In Auerbach sprach der Oberbürgermeister Manfred Deckert Worte des

Gedenkens und der Würdigung für den jüdischen Dekorateur Harry Levy sowie die beiden Zeugen Jehovas, Otto Alfred Seltmann und Karl Erich Barthel. Hier hatte die Lehrerin Romy Thiele mit einer Schülergruppe das Leben dieser Faschismusopfer erforscht, und Stadtrat Martin Treeck sowie die Stadtverwaltung haben die Gruppe bei der Organisation der Verlegung der Stolpersteine unterstützt.

*Peter Giersich - Auerbach/Vogtl.*



## BUNT, GUT BESUCHT UND ZUM ENDE HIN NASS

Knapp 4.000 Besucher beim „Rock für ein buntes Vogtland 2013“

Was bei schönstem Sonnenschein begann, endete im strömenden Regen - und war doch ein voller Erfolg. Das finden zumindest die Veranstalter, die mit ihrem Festival „Rock für ein buntes Vogtland“ am Pfingstsonntag zum nunmehr vierten Mal wieder tausende Vogtländer an die Göltzschtalbrücke locken konnten. Und bewiesen, dass die Idee dahinter aufgeht: Nachmittags abwechslungsreiches Programm für die ganze Familie zu bieten; abends ein Musikprogramm auf die Beine zu stellen, das viele Geschmäcker anspricht und vereint. Getreu dem Festival-Motto: für Vielfalt und Toleranz.

Möglich gemacht haben das unter Schirmherrschaft des Vivere e.V. Plauen auch dieses Jahr wieder 30 junge, engagierte Vogtländer, deren Augenmerk 2013 verstärkt auf dem Nachmittagsangebot lag. Knapp 40 regionale Vereine, Organisationen und Unternehmen konnten gewonnen werden, sich zu präsentieren, für Toleranz und Gleichberechtigung zu werben. Die VVN-BdA Vogtland ist mit ihrer groß-

zügigen finanziellen Unterstützung besonders hervorzuheben.

Die Möglichkeit, sich beim Torwandschießen oder Tischtennis auszuprobieren war den jüngeren Besuchern dadurch ebenso gegeben, wie nach Gold und Edelsteinen zu schürfen oder sich auf der Hüpfburg auszutoben. Interessierte Jugendliche und Erwachsene konnten zusätzlich in einer Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Nach den Rechten schauen“ und sich über das Tun der Alten Papierfabrik Greiz, des Technischen Hilfswerks Reichenbach oder des Greizer Theatervereins The.Arter informieren.

Nicht weniger bunt war dann auch das Abendprogramm, das im Sinne der Vielfalt fünf Bands verschiedener Musikrichtungen auf und deren Fans gemeinsam vor die Bühne brachte. Zunächst die Erfurter Rock-Formation Eule Müller, die recht schnell für Stimmung sorgte und abgelöst wurde von den Greizer Düster-Rockern Wellenbrecher - und mit denen gegen 21.00

Uhr der Regen einsetzte. Der sorgte ob seiner Beständigkeit zwar bei der dritten Band, den Rock'n'Rollern von Too Little Cage aus Chemnitz, für deutlichen Zuschauerschwund vor der Bühne, jedoch nicht für gänzliche Leere auf dem Festivalgelände. Unerwartet viele Zuschauer ließen sich von der Nässe nicht abschrecken und nutzten alle Möglichkeiten zum Unterstellen, um weiter zu feiern und um die Thüringer Band High Voltage sowie den Haupt-Act The Prosecution bei ehrlichem Hard-Rock und mitreißendem Ska-Core nicht gänzlich ohne Publikum dastehen zu lassen. Ganz Hartgesottene hielten sogar bis zum Schluss vor der Bühne aus. „Hätte es nicht geregnet, hätten im Laufe des Abends sicher noch mehr Leute den Weg zu uns an die Göltzschtalbrücke gefunden“, ist sich Mitorganisator Daniel Kertscher sicher und sieht darin die Idee hinter „Rock für ein buntes Vogtland“ bestätigt. Nächstes Jahr spielt dann sicher auch das Wetter bis zum Ende mit ...

*Gaby Scheibel*

## KRITISCHER DIALOG IN PLAUEEN

Wahlforum der IG Metall Vogtland-Zwickau

Auf Einladung der IG Metall fand im Plauer Forum K die Podiumsdiskussion mit den Bundestagskandidaten von SPD, CDU, Grünen und DIE LINKE statt.

Das gut besuchte Forum wurde durch den moderierenden Kollegen in zwei Teile geteilt. Im ersten Abschnitt äußerten sich die Kandidaten zu den Themen gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Begrenzung prekärer Beschäftigung, Altersarmut und Mindestlohn.

Überrascht und ungläubig waren die Zuhörer davon, dass alle Kandidaten im Podium versuchten, sich als soziale Kraft darzustellen. Bei dem einen oder anderen Kandidaten wurde dies sofort mit Zwischenrufen hinterfragt.

Viel Applaus erhielt die Kandidatin der LINKEN, Janina Pfau, bei den Themen wie Mindestlohn, Gesundheitsversorgung, Leiharbeit und Lohnniveau.

Dass Janina Pfau auch Kollegin Pfau bei Ver.di ist, wurde ebenso positiv bemerkt.

Im zweiten Teil des Forums hatte der CDU-Kandidat Robert Hochbaum einen schweren Stand. Fast alle Frage

richteten sich an den derzeitigen Bundestagsabgeordneten aus dem Vogtland. Vor allem sein Verhalten bezüglich HartzIV wurde stark kritisiert ebenso wie das Unterstützen der Politik der Schwarz – Gelben Koalition mit ihrer Politik der Umverteilung.

*Red.*



## AUS DEM KREISVORSTAND

Wahlen, Sommerfest, Finanzen und sonstiges ist die Kurzzusammenfassung der Kreisvorstandssitzung am 3. Juli.

Die heiße Phase des Wahlkampfes steht unmittelbar vor der Tür, und das heißt, dass der Kreisvorstand über die Aktivierung der Basis zu sprechen hatte. Auch die Planung von Plakatierung und Infoständen galt es abzusprechen. Zur Unterstützung im Wahlkampf erwarten wir auch wieder Besuche von Politikern aus Dresden und Berlin.

Da Wahlkämpfe Geld kosten, musste natürlich auch über die Finanzen gesprochen werden. Da die LINKE die einzige Partei im Bundestag ist die keine Spenden aus der Großindustrie oder vom Finanzkapital bekommt, sind wir natürlich auf Spenden von Genossen und Sympathisanten angewiesen.

*Red.*



## WIE WICHTIG SACHKENNTNISSE SIND

Zurzeit erhalten viele Mieter ihre Betriebskostenabrechnungen. Wenn das Jobcenter Hartz IV-Empfängern die volle Miete gezahlt hat, steht dem Jobcenter auch eine Betriebskostenrückzahlung in voller Höhe zu. Die Jobcenter kassieren aber auch Betriebskostenrückzahlungen vollständig, wenn der Hartz IV-Empfänger einen Teil der Miete selbst, also aus seiner Regelleistung bezahlt hat.

Da der Landrat nach dem in der Presse veröffentlichten Vorwurf grob rechtswidrigen Verwaltungshandelns in Sachen Kosten der Unterkunft angewiesen hatte, der betroffenen Fachabteilung eine Rechtsanwältin zuzuordnen, stellte ich die Anfrage nach der Regelung der Betriebskostenrückzahlung im Vogtlandkreis im genannten Fall.

Die Antwort: Eine Betriebskostenrückzahlung steht generell in voller Höhe dem Jobcenter zu, unabhängig davon, wie und durch wen die Überzahlung entstanden ist. Gegen diese Antwort wandte ich mich in einem zweiten Schreiben unter anderem mit folgenden Argumenten:

Wenn das Jobcenter nur einen Teil der Miete als sogenannte "Bedarfe der Unterkunft" anerkannt hat, gilt der Satz aus dem Gesetz "Rückzahlungen und Guthaben, die den Bedarfen der Unterkunft zuzuordnen sind, mindern die Aufwendungen für die Unterkunft nach dem Monat der Rückzahlung" nur für den Teil der Miete, den das Jobcenter übernommen hat, denn die als unangemessen gewerteten Kosten der Unterkunft sind gerade nicht als "Bedarf" anerkannt worden und mussten aus der Regelleistung beglichen werden, und dafür gilt: Leistungen nach diesem Buch (Regelleistungen gehören dazu) zählen nicht als anrechenbares Einkommen (§ 11a SGB II). Daraufhin zitierte die Bearbeiterin in einem zweiten Schreiben aus § 22 SGB II: "Rückzahlungen und Guthaben, die den Kosten der Unterkunft zuzuordnen sind, mindern die Aufwendungen ..." Da hat sie einfach falsch zitiert! Seit 2011 steht im Gesetz "... die den Bedarfen der Unterkunft zuzuordnen sind..." Auf diesen Unterschied hat bereits ein Gerichtsurteil aufmerksam

gemacht, das ich in meinem ersten Brief zitiert hatte!

In meinem ersten Brief hatte ich außerdem auf den entsprechenden Paragraphen des SGB XII hingewiesen: "Einkünfte aus Rückerstattungen, die auf Vorauszahlungen beruhen, die Leistungsberechtigte aus dem Regelsatz erbracht haben, sind kein Einkommen" und es sei doch nicht einzusehen, dass für Arbeitslose andere Regelungen gelten sollten als für EU- und Altersrentner. Das widerlegte die Bearbeiterin mit dem Hinweis, in der Gesetzesbegründung sei klargestellt worden, dass es sich dabei nur um Rückzahlungen aus Stromkostenabrechnungen handle. Tatsächlich steht aber in der Gesetzesbegründung: "Neben Stromkostenrückerstattungen fallen auch vergleichbare Sachverhalte unter diese Regelung." Also auch diese Auskunft ist falsch.

Wie wichtig ist es, die Rechtsgrundlagen einigermaßen zu kennen! Hartz IV-Empfänger sollten in diesen Fällen unbedingt Widerspruch einlegen und Klage erheben!

*Dr. Dorothea Wolff - Auerbach*

**PS:** Zum Artikel "Politik kann schrecklich absurd sein" aus der letzten Ausgabe des Vogtlandboten:

*Es war kein Plan B nötig: Der Landrat kündigte die Verträge der freien Träger der Wohlfahrtspflege nicht und sicherte den Verbänden und Vereinen für 2013 und 2014 die nötigen Finanzen zu. Damit sind Schuldnerberatung, Behindertenberatung und Ehe-, Familien- und Lebensberatung auf gleichem Niveau wie bisher im Vogtlandkreis gesichert. Zumindest hoffen wir das.*



## AUS DEM KREISTAG

Der Haushalt für die Jahre 2013 und 2014 ist durch Landesdirektion Sachsen genehmigt, allerdings sind wir damit nicht aus dem Schneider! Ein Fehlbetrag für 2013 von 2.434,64 € steht zu Buche und wird aus der Rücklage abgedeckt. Wer seine Ausgaben immer nur aus der Reserve abdeckt kommt an den Punkt, dass diese nicht mehr genügend zur Verfügung steht. Dort ist der Vogtlandkreis angelangt, denn ab 2017 ist diese Leistungsfähigkeit nicht mehr gewährleistet. In den beiden Jahren sind Maßnahmen einzuleiten und umzusetzen, die eine dauerhafte Finanzierbarkeit sichern.

Das bedeutet also, der Kelch der Streichungen freiwilliger sozialer Leistungen wird wieder durchgereicht. Daraus ergibt sich für uns die Verantwortung, in den einzelnen Ausschüssen alles mit Argusaugen zu betrachten und schnellstens zu reagieren, denn wir wissen ja, unser Landrat winkt schon schnell mal mit Hilfe seine Mehrheitsfraktion und leider auch mit der SPD Dinge durch, die dann nicht mehr rückgängig zu machen sind!

Bis zum 30. September ist ein verbindliches Konzept für die Sicherstellung der Finanzierbarkeit nachzureichen. Dazu ist der Bericht des Sächsischen Rechnungshofes zu Grunde zu legen. Für uns ergibt sich aber auch, dass alle Positionen im Haushalt noch mal genau durchleuchtet werden müssen, denn auch im Vogtland gibt die Lobbypolitik bei der Gewohnheiten nicht antasten will. Ansprechen möchte ich dabei die sinnlose Finanzierung der Betriebskosten für den Flughafen Hof-Plauen oder auch die Gedenkstätte Mödlareuth.

*Karin Höfer - Vorsitzende Fraktion DIE LINKE im Kreistag Vogtland*

## ÜBER 34 MILLIONEN EURO ERGÄNZENDE HARTZ IV-LEISTUNGEN AN SÄCHSISCHE BESCHÄFTIGTE

In Sachsen wurden von den Jobcentern im September 2012 (aktuellster verfügbarer Wert) über 34 Millionen Euro aufstockende Hartz IV-Leistungen an Beschäftigte ausgezahlt, weil deren Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit unter Hartz IV-Niveau lag. Über 13 Millionen Euro gingen an knapp 50.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Der durchschnittliche Zahlungsanspruch lag bei 266 Euro.

An 36.489 Minijobber (ausschließlich geringfügig Beschäftigte) flossen über 21 Millionen Euro an Hartz IV-Leistungen, bei einem durchschnittlichen Zahlungsanspruch von 577 Euro. Am häufigsten müssen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aufstocken, die in der Gebäudereinigung tätig sind. 15,2 Prozent aller Beschäftigten (3.579) dieser Branche erhielten in Sachsen ergänzende Hartz IV-Leistungen (durchschnittlicher Zahlungsanspruch von 300 Euro), gefolgt von der Gastrono-

mie mit einem Anteil von 12,6 Prozent (4.238) und einem durchschnittlichen Zahlungsanspruch von 337 Euro.

Aber auch in der Leiharbeit ist der Anteil der Hartz IV-Aufstocker mit 7,9 Prozent hoch. In absoluten Zahlen gibt es im Einzelhandel mit 10.848 (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Minijobs zusammen) die meisten Hartz IV Aufstocker. Dies geht aus der Antwort der Bundesagentur für Arbeit auf eine entsprechende Anfrage von mir hervor.

Es muss endlich Schluss damit sein, dass Arbeitgeber, die Dumpinglöhne zahlen, vom Staat subventioniert werden in Form von ergänzenden Hartz IV-Leistungen an deren Beschäftigte. Ein ausgeprägter Niedriglohnbereich, Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können, ergänzende Sozialleistungen beziehen und Zweitjobs nachgehen müssen, sind ein Markenzeichen des sächsischen Arbeitsmarktes. Die

Bundes- und Landesregierung müssen dringend etwas gegen Billiglöhne und prekäre Beschäftigung unternehmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass manche Arbeitgeber sogar schon bei Einstellungsgesprächen auf die Möglichkeit des Aufstockens mit Hartz IV verweisen, um ihre Dumpinglöhne zu rechtfertigen.

DIE LINKE fordert einen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde, um eine Halteinie nach unten einzuziehen. Arbeit muss wieder existenzsichernd werden. Zudem muss verhindert werden, dass die Gesellschaft über Steuergelder die Billiglohnstrategie von vielen Unternehmen kompensieren muss. Auch die sächsische Staatsregierung muss sich endlich für einen gesetzlichen Mindestlohn stark machen und von ihrer Niedriglohnpolitik abrücken.

*MdB Sabine Zimmermann - Königswalde*

## SCHULSOZIALARBEIT GEHÖRT AN ALLE SCHULEN

Wie in der letzten Ausgabe berichtet, fand das 44. Treffen der Landtagsfraktion mit Schulinitiativen im Vogtland statt. Als Thema hatten wir ganz bewusst die Schulsozialarbeit gewählt, die im Vogtlandkreis sträflich vernachlässigt wird. Bezeichnend für die Verantwortlichen im Vogtland war, dass Lehrer und Sozialarbeiter die einschüchternde „Empfehlung“ erhielten, nicht an der Beratung teilzunehmen.

Aber Verbote und Verschweigen lösen die Probleme in den Schulen nicht. Der Bedarf an Schulsozialarbeit ist hoch. Die Zahl der auffälligen Kinder nimmt ständig zu. Nahezu wöchentlich gehen Meldungen beim Schulverwaltungsamtsamt und dem Jugendamt zu "Bedarfskindern" ein. Bereits vor mehr als einem Jahr hat die Stadt Plauen eine Untersuchung zum Bedarf an den örtlichen Schulen vorgenommen. Gerade die Grundschulen haben hierbei ihren Bedarf besonders deutlich gemacht. Diese Studie ist dem Jugendamt des Vogtlandkreises bekannt, wurde aber nicht genutzt.

Es gibt derzeit keine Schulsozialarbeiter an Grund-, Mittel- und Förderschulen. Das genutzte Programm zur Schaffung der sechs Stellen im gesamten Vogtlandkreis zu Beginn des Jahres fördert keine Schulsozialarbeit. Gegenstand der Förderung ist unter anderem die Erweiterung oder Ergänzung von Angeboten der Schulsozialarbeit, die es so aber im Vogtland gar nicht gibt. Die Zielgruppe laut Programm sind dabei Schüler allgemeiner Schulen ab der Klassenstufe 7 mit erhöhtem sozialpädagogischem Unterstützungsbedarf. Deshalb hat man die Ausschreibung auch nicht für Schulsozialarbeit, sondern für schulbezogenen Jugendsozialarbeit (geschickt umformuliert) vorgenommen. Damit wird es auch weiterhin keine Schulsozialarbeiter an Grund- und Förderschulen geben.

Mit der Förderung ab Klasse 7 können außerdem meist nur noch die Auswirkungen und nicht mehr die Ursachen angegangen werden. Dabei ist gerade in den unteren Klassen die Schulsozialarbeit erforderlich, die die Jugend-

arbeit leistet und sich an alle Kinder und Jugendlichen richtet mit dem Ziel, „sie zur Selbstbestimmung zu befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anzuregen und hinzuführen.“

Eine Schulsozialarbeit, die Sozialarbeit anbietet für solche Kinder und Jugendliche, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligung oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind. Und sie sollte im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz sowie in Erziehungsberatung wirken und so zur allgemeinen Förderung der Erziehung in Familien beitragen

Ich wiederhole die Forderung der LINKEN: Auch im Vogtland haben Kinder und Jugendliche das Recht, eine umfassende Förderung ihrer Entwicklung zu erhalten. Wir brauchen wirkliche Schulsozialarbeit an allen Schulen - auch im Vogtland!

*MdL Andrea Roth - Tannenbergesthal*



© Bild: gregorgysi.de

## GLEICHE RENTE FÜR GLEICHE LEBENSLEISTUNG!

*Gregor Gysi am 28.6.2013 im Bundestag (Auszüge):* "Wir meinen, dass die Menschen in Ost und West einen Anspruch darauf haben, für die gleiche Lebensleistung endlich auch eine gleiche Rente zu beziehen... In den alten Bundesländern unterliegen leider viele Menschen einem Irrtum: Mir wird immer erklärt, die heutigen Rentnerinnen und Rentner im Osten hätten doch zu DDR-Zeiten gar nicht in das Rentensystem der Bundesrepublik eingezahlt. Der Irrtum besteht darin, dass viele denken, die Rentenbeiträge würden angesammelt. Aber alle Versicherungsbeiträge, die im Mai gezahlt werden, werden spätestens im Juli ausgeben..."

Die Bild-Zeitung und die Grünen vergleichen den Durchschnitt der Ostrenten mit dem Durchschnitt der gesetzlichen Westrenten. Warum ist das falsch? Erstens berücksichtigen sie nicht, dass die Frauen im Osten viel stärker erwerbstätig waren als Frauen im Westen... Zweitens bedenken sie nicht, dass im Osten 1990 sämtliche Betriebsrenten gestrichen worden sind... Drittens bedenken sie nicht, dass im Westen viele eine Lebensversicherung abgeschlossen hatten. So etwas gab es im Osten vor dem Beitritt gar nicht. Dadurch müssen Ostrentnerinnen und Ostrentner ausschließlich von ihrer gesetzlichen Rente leben. Das müssen natürlich auch viele im Westen, aber viele im Westen haben auch drei oder wenigstens zwei Säulen.

Dann kommt der größte Irrtum: Es gibt im Osten keine Pensionen... Wenn Sie einen Durchschnitt ermitteln, dann müssen Sie alle Pensionen mit einbeziehen und dann den Durchschnitt berechnen. Dann sieht die Welt ganz anders aus.

Am 8. Juni 2009 hat Bundeskanzlerin Merkel auf dem Deutschen Seniorentag in Leipzig erklärt: „Ich stehe dazu, dass wir eine solche Angleichung von Ost und West brauchen. Ich würde sagen, dass das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird.“ Die Linke war tatsächlich so stark, dass CSU, CDU und FDP miteinander vereinbart haben, diese Angleichung bis 2011 vorzunehmen. Aber wir waren noch nicht stark genug zu verhindern, dass das Wahlversprechen gebrochen und der Koalitionsvertrag an der Stelle aufgekündigt wurde, was wirklich ein Skandal ist... Was sagt die Union (heute)? Die Union sagt, sie wird gar nichts tun. Sie überlässt es einfach der Lohnentwicklung. Ob das dann 2050 oder 2080 ist, ist ihr völlig wurscht. Das ist eine Beerdigung erster Klasse...

Es gibt aber die Kluft bei den Löhnen. Gerade ist für die Gebäudereiniger ein Tarifabschluss gemacht worden: Mindestlohn West 9,31 Euro, Mindestlohn Ost 7,96 Euro. Ich finde, das ist ein Skandal. Nun zur SPD: Die SPD hat fast alles von uns übernommen - das ist positiv... Wir wollen die Angleichung

schon 2016, Sie erst 2020... Wir müssen natürlich das Rentenproblem insgesamt lösen. Wir können uns Altersarmut nicht leisten. Wir müssen es schaffen, dass es wieder eine Rente ab 65 Jahren gibt... Wie kann man das schaffen? Erstens, indem wir die alte Rentenformel wieder einführen... Zweitens, indem wir der nächsten Generation sagen: Alle mit Erwerbseinkommen müssen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen... Dann müssen wir die Beitragsbemessungsgrenze streichen. Der nächste Ackermann muss dann halt einen Beitrag aus seinen Millionen bezahlen. „Na und?“, kann ich nur sagen...

Weiter müssen wir für die Spitzenverdiener den Rentenanstieg abflachen. Dann sind alle Probleme gelöst... Außerdem brauchen wir eine Mindestrente von 1050 Euro, die zum Teil steuerfinanziert ist...

Herr Präsident, ich sage einen letzten Satz. Ich überlege, ob ich Ihnen drohe, indem ich sage, dass ich vielleicht doch versuchen werde, solange im Bundestag zu bleiben, bis Frauen und Männer in Ost und West bei gleicher Arbeitszeit für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit endlich auch den gleichen Lohn und für die gleiche Lebensleistung die gleiche Rente erhalten. Wenn ich das androhe, sollte das doch wenigstens ein gewisser Ansporn für Sie sein, das möglichst schnell zu erledigen.“

(red. gekürzt)

## „DA STAUN ´STE, WA? HALLO RENTNER!“

„Staunen ist der Anfang aller Philosophie“ - so hatte man mir zu meinem Journalistikstudium an der Karl-Marx-Uni in Leipzig bereits in der ersten Vorlesung eine „Lektion erteilt“. Eine These, die mich ständig als wahrheitsfindend und bestätigend begleitet. Aber wie komme ich drauf?

Ach ja: Jede zweite Rente liegt bereits unter 700 EUR, hatte gar die „BILD“ herausgefunden. Dann muss das ja wohl auch so sein. Warum ich dann dennoch staune? Die Erklärung der Fachleute von der Rentenversicherung. Versicherte hätten nur kurze Zeit in die Rentenversicherung eingezahlt, etwa Selbstständige oder Hausfrauen. Allerdings hat die Bundesregierung in ihrem bekanntlich beschönigten „Altersicherungs- (Armut-) bericht“ solcherart nochmals geschönt: Würden doch geringere Rentenbeiträge „in der Regel“ durch Einkommen des Ehepartners oder andere Sicherheitssysteme ausgeglichen. Da staune ich dann doch. Ebenso über die Philosophie, wonach das durchschnittliche Einkommen bei Ehepaaren im Schnitt bei 2.400 EUR, bei Alleinstehenden bei gut 1.400 EUR Netto liegt? Und was die 812.000 Rentner betrifft, die - über 65 Jahre alt - ihre Renten mit Minijobs aufstocken:

Wohl eher nicht aus Langeweile.

Kenne ich mich da doch aus: Nicht kurze Zeit - nein etwa 40 Jahre eingezahlt in die Rentenkasse - nach der Wende ungewollt und unverschuldet plötzlich arbeitslos. Aus Angst vor Hartz IV auf Anraten des Rentenberaters mit hohen Abschlägen in die Rente gegangen - nun „auf Umwegen“ gewissermaßen doch dort gelandet.

Von meinen gerademal gut 700 EUR Rente für ein „erfülltes Arbeitsleben“ bezahle ich allein für Miete, Strom und Telefon u. ä. ca. 300 EUR. Sonstige Bezüge von Wohngeld oder Arge - nichts da. Im Gegenteil: Etwa 200 EUR des verbleibenden bescheidenen Restes werden - obgleich eine eheähnliche Gemeinschaft nachweislich nicht besteht - willkürlich der Mitbewohnerin auf ihre Hartz IV-Bezüge angerechnet. Entgegen jeder Realität - und trotz Protestes seit Jahren bereits. Hatte doch selbst der unangekündigte Besuch des „Sozialermittlers“ dies bestätigt. Ebenso wie unendliche Erklärungen der erwachsenen Kinder. Aber, weil halt nicht sein kann was nicht sein darf, wurden alle Anträge und Forderungen auf eine endlich objektive und reelle Prüfung stets aus

formalrechtlichen Gründen abgewiesen. Gemäß dem Motto: „Wir sind zwar hart, aber ungerecht“.

In den statistisch ermittelten Zahlen der Leyen-Behörde kommt man diesen vielleicht solcherart näher: Was die Einkommen von Vorruheständlern betrifft, waren diese im Westen wesentlich besser gestellt durch Löhne, Zusatzleistungen, Betriebsrenten, Vorsorge durch Finanzanlagen und Immobilienbesitz. Andererseits sind die Ostrenten trotz großmäuliger Zusagen bis heute noch nicht angeglichen. Aber wie ´s halt so ist im realen Leben: Die einen hacken das Holz, die anderen wärmen sich daran.

Es gibt, sagt man, drei Arten der Lüge: die einfache, die Notlüge, die Statistik. Na, dann glauben wir es doch einfach mal: Deutschland geht ´s gut. Hat sie gesagt, unsere Kanzlerin. Und sie muss es ja wissen. Frage ich mich dennoch: Wer eigentlich ist Deutschland? Der Rentner etwa? Und wenn - welcher eigentlich. Und wo.

*Jürgen Böhm - Schöneck*

## VVN-BDA VOGTLAND AUF BILDUNGSREISE

### Besuch in der Wagner-Stadt Bayreuth und im fränkischen Hof

Heimgekehrt von unserer Exkursion ins Land der Franken, noch immer bewegt und beeindruckt von all dem Erlebten, möchte ich euch Dankeschön sagen, die ihr diese Ausfahrt so wohl durchdacht vorbereitet habt. Für mich gewissermaßen so eine Art Premiere. Ich habe mich gleich wieder wohl- und aufgehoben gefühlt im Kreise Gleichgesinnter. Zumal uns doch - schon aus Alters- und solcherart gesundheitlichen Gründen viele solche Anlässe nicht mehr gegeben sein werden.

Vom Wettergott gar begünstigt, begrüßte uns in Plauen mit ganz viel hilfsbereiter Freundlichkeit der Busfahrer Gunter, nur noch getoppt von seinem Co-Partner, dem Köhler Gerd - den meisten eher als ehemaliger Plauener Weihnachtsmann bekannt, oder als Osterhase, als Walpurgishexe, oder was noch?

Bestens vorbereitet wie immer hatte er fröhlich unterhaltend mancherlei zu erzählen, wissenswert und interessant zu Land und Leuten, Historie und Gegenwart. In Bayreuth entschädigte uns eine aufschlussreiche Führung im Markgräflichen Opernhaus für die wegen Restaurierung nicht begehbaren Räumlichkeiten. Vor dem Festspielhaus waren es Schautafeln mit vielen interessanten Angaben zu Richard Wagner und seiner personellen Umgebung - ist doch auch diese künstlerische Walhalla in Vorbereitung der Bayreuther Festspiele wie jeher nicht besuchbar.

War der revolutionäre Barrikadenkämpfer von Dresden 1849 steckbrieflich gesucht in das musikalisch-schöpferische denn allerdings auch für ihn erfahrungsreiche Exil. Seine antisemitischen Tendenzen - ebenfalls dort dokumentiert - sind natürlich auch

ein Teil der Persönlichkeit Richard Wagner, allerdings dann solcher Art eher von seinen Nachkommen in dieser erschreckenden Weise hochstilisiert, quasi missbraucht worden.

So war dann der interessante und für mich lehrreiche Besuch des jüdischen Friedhofes in Hof und die Erläuterungen des Rabbiners zur Geschichte der Juden umso lehrreicher. Zumal angesichts einer Karte, die uns die Hofer VVN-Kameraden mit auf den Weg gaben, worauf sich das Gedicht von Erich Fried „Dankeschuld“ befand. Vielleicht gar ging es auch darum bei unserer Ausfahrt.

Wer schließlich dann kommen wird zu den Wagner-Festspielen demnächst - wie hoch vom Range, wie tief der Ausschnitt - nehme ich doch gerne mit die Erinnerung an diesen schönen Tag.

*Jürgen Böhm - Schöneck*

## UMBENENNUNG DER HOFER KASERNE

General-Hüttner-Kaserne in Hof heißt jetzt "Oberfranken-Kaserne".

Damit wurde ein Kapitel Hofer Geschichte bearbeitet, das nicht besonders rühmlich war und ist. Hat man doch im Jahr 1985, immerhin vierzig Jahre nach dem Ende des verbrecherischen NS-Regimes, durch die damalige Namensgebung einen vehementen Verfechter eben dieses Regimes geehrt.

Viele Menschen haben seit dem Jahr 1985 immer wieder unermüdlich die Namensgebung der Hofer Kaserne in Frage gestellt und sich für eine - jetzt endlich erfolgte - Umbenennung eingesetzt. Dass sie am Montag nicht zum Festakt eingeladen waren, halten wir aus. 1985 waren sie Zivildienstleistende, Kriegsdienstverweigerer, junge Familienmütter und -väter. Berufsausbildung oder Studium waren gerade abgeschlossen, einige hatten einen Betrieb gegründet, andere hatten mit dem Berufsverbot zu kämpfen. Heute sind sie um die sechzig Jahre alt und sehen ihre Ansichten und ihren Weitblick bestätigt.

Da in dieser Kaserne junge Menschen ausgebildet werden, hätten wir es begrüßt, wenn die Kaserne nach einem Menschen, der sich als Vorbild eignet, benannt worden wäre. Aber immerhin befindet sich stadteinwärts, unterhalb der Kaserne, die Graf-Stauffenberg-Straße. Wir freuen uns, dass damit wenigstens im nahen Umfeld der Kaserne auf eine Persönlichkeit hingewiesen wird, der sehr mutig und entschlossen in gefährlichen Zeiten gehandelt hat.

Es ist zu hoffen, dass weitere Umbenennungen wie die der Dr.-Dietlein-Straße in Hof und insbesondere die überfälligen, offiziellen Ehrungen der Widerstandskämpfer um Hans Merker in der Stadt Hof und anderswo nicht auch noch drei Jahrzehnte Wartezeit brauchen.

*Nanne Wienands - VVN-BdA  
Hof/Wunsiedel*

## SOMMERFEST DER LINKEN IN FALKENSTEIN

Mit Katja Kipping  
**7. September**  
Auf dem Gelände des  
ehemaligen Freibades  
in Falkenstein.

## ABGEORDNETE SIND AUF DEN HUND GEKOMMEN

Einer Pressemeldung zufolge wünschen sich einige Bundestagsabgeordnete angeblich eine Änderung der Hausordnung, um künftig Haustiere mit auf Arbeit bringen zu dürfen.

Da lachen sich ja die Hühner kaputt! Als ob es in der Politik nicht auch ohne die Vierbeiner von daheim mitunter tierisch zugehen würde: Da trifft man tolle Hechte, die auf dem hohen Ross sitzen und sowieso machen was sie wollen. Alte Hasen, die heimlich Kuhhandel betreiben, der Wirtschaftslobby zu Munde regieren und dabei die Hand aufhalten. Schwarze Schafe, die sich in den Untersuchungsausschüssen winden wie ein Aal und nur bereits Bewiesenes zugeben.

Etliche brüten still auf ihren Parlamentssesseln wie eine Glucke auf ihren Eiern und warten nichtssagend auf ihr monatliches Diätenfutter. Andere stürzen sich wie die Aasgeier auf Patzer und Stockfehler des politischen Gegners, heulen ins Mikrofon wie sibirische Steppenwölfe im Mondschein oder machen dessen Pferde scheu. Die alteingesessenen Platzhirsche auf den gut dotierten Regierungsbänken wollen den jungen Frischlingen keinesfalls ihre fette Weide abtreten und machen diese, wenn sie aufmucken und an die Futternäpfe der Macht kommen wollen zur Sau!

Tiere auf Arbeit? Ich würde keine schlafenden Hunde wecken. Ist doch in diesem hohen Hause seit Jahren sowieso alles für die Katz!

*Dieter Riedler - Leubnitz*

## JEDER 3. BERECHTIGTE VERZICHTET AUF HARTZ IV!

Ergebnisse einer Studie im Auftrag der Bundesregierung, veranlasst durch das Bundesverfassungsgericht Gründe für den Verzicht auf Hartz IV Folgen für die Bestimmung der Regelleistungen bei Hartz IV  
**Wir laden Sie für den 26. August 2013 von 18.00 Uhr bis 19.30 Uhr**

in den Klubraum der Auerbacher AWG, Eisenbahnstr. 32 (Wohnblock hinter der Geschäftsstelle der AWG im Auerbacher Neubaugebiet) zum Bürgerforum ein.

Es informieren Vertreter des Sozialforums Göltzschtal

Alle betroffenen und sozial engagierten Bürger sind herzlich eingeladen.

*Dr. Dorothea Wolff, Sozialforum  
Göltzschtal*

## SCHUH DES MONATS



© uschi dreilucker / pixelio.de

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Sparkasse Vogtland, BLZ 87058000, Konto-Nr. 3552002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19.07.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 16.08.2013. Die nächste Ausgabe erscheint am 02.09.2013. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder Eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.